

Niederschrift



Sitzung des **Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses** der Stadt Bornheim am Donnerstag, **14.06.2012**, 18:00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses Bornheim, Rathausstraße 2

X	Öffentliche Sitzung
	Nicht-öffentliche Sitzung

Sitzung Nr.	38/2012
HFWA Nr.	2/2012

Anwesende

Bürgermeister

Henseler, Wolfgang

Bürgermeister

Mitglieder

Bandel, Helga

CDU-Fraktion

Deussen-Dopstadt, Gabriele

Bündnis90/Grüne

Donix, Michael

CDU-Fraktion

Freynick, Jörn

FDP-Fraktion

Hanft, Wilfried

SPD-Fraktion

Heller, Petra

CDU-Fraktion

Kleinekathöfer, Ute

SPD-Fraktion

Koch, Christian

FDP-Fraktion

Kuhl, Sebastian

CDU-Fraktion

Kuhn, Arnd Jürgen Dr.

Bündnis90/Grüne

Paschmanns, Dieter

SPD-Fraktion

Schausten, Manfred

SPD-Fraktion

Söllheim, Michael

CDU-Fraktion

Stüsser, Peter

CDU-Fraktion

Wirtz, Hans-Dieter

CDU-Fraktion

Züge, Rainer

SPD-Fraktion

ab TOP 3

stv. Mitglieder

Dopstadt, Julian

Bündnis90/Grüne

Jaritz, Karin

SPD-Fraktion

Kretschmer, Gabriele

CDU-Fraktion

Müller, Heinz

UWG/Forum-Fraktion

Verwaltungsvertreter

Cugaly, Ralf Kämmerer

Gatz, Herbert

Gennrich, Georg

Hennings, Albrecht

Schier, Manfred Erster Beigeordneter

Schnapka, Markus Beigeordneter

Schriftführerin

Altaner, Petra

Nicht anwesend (entschuldigt)

Feldenkirchen, Hans Gerd

UWG/Forum-Fraktion

Krüger, Frank W.

SPD-Fraktion

Schmitz, Heinz Joachim

Bündnis90/Grüne

Wingenbach, Matthias

CDU-Fraktion

Tagesordnung

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	
2	Einwohnerfragestunde	
3	Entgegennahme der Niederschriften über die Sitzungen Nr. 59/2011 vom 24.11.2011 und Nr. 19/2012 vom 14.03.2012	
4	Aufgaben der Stabstelle Zentrales Controlling	278/2012-1
5	Abstimmungen mit der Finanzverwaltung zur Vermeidung eines umsatzsteuerlichen Leistungsaustauschs zwischen der Stadt Bornheim und dem Stadtbetrieb Bornheim AöR	125/2012-2
6	Antrag der FDP-Fraktion vom 23.05.2012 betr. polizeiliche Kriminalitätsstatistik und Vorstellung der neuen Polizeipräsidentin	281/2012-3
7	Mitteilung betr. Neuorganisation Fachbereich 2 zum 01.04.2012	137/2012-1
8	Mitteilung betr. Allianz für den freien Sonntag im Rhein-Sieg-Kreis	156/2012-3
9	Mitteilung / Halbjahresbericht des Bürgermeisters (Bereich HFWA)	183/2012-1
10	Mitteilung betr. Sachstand zum kommunalen Gesamtabschluss im Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF)	268/2012-2
11	Mitteilung betr. Bewertung der Beteiligungen der Stadt Bornheim	269/2012-2
12	Mitteilung betr. effizientere Bewirtschaftung der Energielieferverträge des Konzerns Stadt Bornheim	275/2012-6
13	Mitteilung betr. Bildungsstätte Schloss Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. in Wesseling	345/2012-1
14	Mitteilungen mündlich	
15	Anfragen mündlich	

Vor Eintritt in die Tagesordnung (der gesamten Sitzung)

Bürgermeister Wolfgang Henseler eröffnet die Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Stadt Bornheim, stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen worden ist und dass der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss beschlussfähig ist.

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss beschließt auf Vorschlag des Bürgermeisters,
1. die Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt

13 „Mitteilung betr. Bildungsstätte Schloss Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. in Wesseling“, Vorlage-Nr. 345/2012,

zu erweitern und

2. den neuen Tagesordnungspunkt 13 nach Tagesordnungspunkt 12 zu behandeln.

Stimmenverhältnis:

- Einstimmig -

Durch diese Änderung der Tagesordnung werden die bisherigen
TOP 13 - 18 zu den neuen TOP 14 - 19

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in folgender Reihenfolge behandelt:
TOP 1 – 15.

	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	

VA Altaner ist bereits zur Schriftführerin bestellt.

2	Einwohnerfragestunde	
----------	-----------------------------	--

Die gestellten Einwohnerfragen und die Antworten sind als Anlage der Niederschrift beige-fügt.

Anlagen siehe Seiten 6 und 7

3	Entgegennahme der Niederschriften über die Sitzungen Nr. 59/2011 vom 24.11.2011 und Nr. 19/2012 vom 14.03.2012	
----------	---	--

Beschluss

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss erhebt gegen den Inhalt der Niederschrift über die Sitzung Nr. 59/2011 vom 24.11.2011 keine Einwände und setzt die Niederschrift über die Sitzung Nr. 19/2012 vom 14.03.2012 von der Tagesordnung ab.

- Einstimmig -

4	Aufgaben der Stabstelle Zentrales Controlling	278/2012-1
----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt die Ausführungen zu den Aufgaben der Stabstelle Zentrales Controlling zur Kenntnis.

- Einstimmig -

5	Abstimmungen mit der Finanzverwaltung zur Vermeidung eines umsatzsteuerlichen Leistungsaustauschs zwischen der Stadt Bornheim und dem Stadtbetrieb Bornheim AöR	125/2012-2
----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss nimmt die Ausführungen der BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft betreffend die verbindliche Auskunft zur Beurteilung der Umsatzsteuerbarkeit der an den Stadtbetrieb Bornheim AöR gewährten Betriebskostenzuschüsse zur Kenntnis.

- Einstimmig -

6	Antrag der FDP-Fraktion vom 23.05.2012 betr. polizeiliche Kriminalitätsstatistik und Vorstellung der neuen Polizeipräsidentin	281/2012-3
----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss beauftragt den Bürgermeister, die neue Präsidentin des Polizeipräsidiums Bonn in einer der nächsten Sitzungen als Gast einzuladen. Neben dem persönlichen Kennen lernen sollen auch die für die Stadt Bornheim relevanten Ergebnisse der polizeilichen Kriminalstatistik 2011 präsentiert werden.

- Einstimmig -

7	Mitteilung betr. Neuorganisation Fachbereich 2 zum 01.04.2012	137/2012-1
----------	--	-------------------

- Kenntnis genommen -

Zusatzfrage von AM Heller

Ist das ein Beginn von einer generellen Organisationsumstrukturierung in der Verwaltung oder nur eine punktuelle Veränderung?

Antwort:

Es handelt sich nicht um eine generelle Organisationsumstrukturierung.

Dies ergab sich aus der Notwendigkeit der finanzwirtschaftlichen Umstellung der Stadtverwaltung (Konsequenzen aus der NKF-Umstellung).

8	Mitteilung betr. Allianz für den freien Sonntag im Rhein-Sieg-Kreis	156/2012-3
----------	--	-------------------

- Kenntnis genommen -

9	Mitteilung / Halbjahresbericht des Bürgermeisters (Bereich HFWA)	183/2012-1
----------	---	-------------------

- Kenntnis genommen -

10	Mitteilung betr. Sachstand zum kommunalen Gesamtabchluss im Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF)	268/2012-2
-----------	--	-------------------

- Kenntnis genommen -

Zusatzfragen von AM Heller

1. Schafft die Verwaltung es den Gesamtabchluss ungefähr zeitnah mit der Einbringung des neuen Haushaltes vorzulegen?
2. Ist auch externe Unterstützung angedacht, um den Prozess am Anfang direkt richtig zu implementieren?

Antworten:

Dies wird die Verwaltung nicht leisten können. Ein erster Gesamtabchluss für das Jahr 2010 kann nicht zeitnah zu den nächsten Haushaltsberatungen vorgelegt werden.

Ein erster Gesamtabchluss 2010 soll bis zum Herbst 2013 aufgestellt werden. Dabei ist eine externe Leistung mit eingeplant.

Die derzeitige Planung sieht vor, dass der Haushaltsplanentwurf 2014 ff mit dem HSK zwischen den Sommerferien und den Herbstferien 2013 eingebracht werden soll.

11	Mitteilung betr. Bewertung der Beteiligungen der Stadt Bornheim	269/2012-2
-----------	--	-------------------

- Kenntnis genommen -

12	Mitteilung betr. effizientere Bewirtschaftung der Energielieferverträge des Konzerns Stadt Bornheim	275/2012-6
-----------	--	-------------------

- Kenntnis genommen -

Zusatzfragen von AM Kuhl

1. Wird dann in der nächsten Vorlage eine Entscheidung herbeigeführt werden oder wird dort nur ein Zwischenstand mitgeteilt?

Antwort:

Es wird eher davon ausgegangen, dass ein Bericht abgegeben wird. Ob dann schon ein Entscheidungsvorschlag gemacht werden kann, entzieht sich derzeit der Kenntnis des Bürgermeisters.

2. Man muss es vor dem Hintergrund sehen, dass die Lieferverträge auch mit

Fristen versehen sind, und dass diese Fristen eingehalten werden müssen.
Kann darauf Rücksicht genommen werden, dass die Fristen nicht knapp ver-
passt werden und dann ein ganzes Jahr Verzug eintritt?

Antwort:

Dies wird zur Kenntnis genommen.

13	Mitteilung betr. Bildungsstätte Schloss Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. in Wesseling	345/2012-1
-----------	---	-------------------

- Kenntnis genommen -

14	Mitteilungen mündlich	
-----------	------------------------------	--

Keine

15	Anfragen mündlich	
-----------	--------------------------	--

Keine

Ende der Sitzung: 19:05 Uhr

gez. Wolfgang Henseler
Bürgermeister

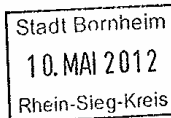
gez. Petra Altaner
Schriftführung

Anlage zu Top 2

André Raaf

Koblenzer Str. 1
53332 Bornheim

An den
Bürgermeister der Stadt Bornheim
Herrn Wolfgang Henseler
Rathausstraße 2
53332 Bornheim



8. Mai 2012

Einwohnerfragestunde zu Beginn der nächsten Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss am 14. Juni 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Henseler,

aus Gesprächen mit Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr Bornheim habe ich erfahren, dass dort Ende 2011 offenbar Pressluftatmer entdeckt wurden, die nicht ordnungsgemäß geprüft waren und auch nicht mehr zum Einsatz hätten kommen dürfen. Trotzdem sollen die Geräte bis dahin zumindest teilweise auf den Einsatzfahrzeugen vorgehalten worden sein.

In diesem Zusammenhang habe ich folgende Fragen:

- Um wie viele Pressluftatmer und Druckluftflaschen hat es sich insgesamt gehandelt?
- Pressluftatmer ermöglichen den Einsatzkräften der Feuerwehr die Hilfeleistung in lebensfeindlichen Umgebungen. Durch ungeprüftes bzw. fehlerhaftes Gerät kann es daher im schlimmsten Fall zu tödlichen Unfällen kommen. Wurden die Atemschutzgeräteträger der Feuerwehr darauf hingewiesen, dass das die Gerätschaften im Einsatz nicht hätten benutzt werden dürfen?
- Warum wurden die Gerätschaften nicht sachgemäß geprüft bzw. nicht ausgemustert?
- Welche Konsequenzen wurden oder werden aus dem Vorfall gezogen?

Über eine schriftliche Beantwortung meiner Fragen würde ich mich freuen und verbleibe mit freundlichen Grüßen

Antwort

Die Fragen werden nach Rücksprache mit den Gerätewarten und der Wehrführung der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bornheim wie folgt beantwortet:

Zu 1: (Um wie viele Pressluftatmer und Druckluftflaschen hat es sich insgesamt gehandelt?)

Bei acht Pressluftatmern, die sich noch im Einsatz befanden, war die 6-Jahres-Prüfung nach Herstellervorgaben auf Grund von Lieferschwierigkeiten für Ersatzteile überschritten.

Die fehlenden Prüfungen sind mittlerweile erfolgt; einige Geräte wurden auf Grund von eingestellten Ersatzteillieferungen ausgemustert.

Bei 80 Atemluftflaschen war ein Austausch des Flaschenventils notwendig. Der Austausch der jeweiligen Ventile ist an den Atemluftflaschen vorgenommen worden.

Zu 2.: (Pressluftatmer ermöglichen den Einsatzkräften der Feuerwehr die Hilfeleistung in lebensfeindlichen Umgebungen. Durch ungeprüftes bzw. fehlerhaftes Gerät kann es daher im schlimmsten Fall zu tödlichen Unfällen kommen. Wurden die Atemschutzgeräteträger der Feuerwehr darauf hingewiesen, dass das die Gerätschaften im Einsatz nicht hätten benutzt werden dürfen?)

Grundsätzlich wird bei der Ausbildung der Atemschutzgeräteträger darauf hingewiesen, dass nur einsatzbereite Geräte verwendet werden dürfen.

Alle Geräte müssen vor dem Einsatz von den einzelnen Atemschutzgeräteträgern einer Kurzprüfung unterzogen werden, um die Einsatzfähigkeit zu überprüfen.

Zu 3.: (Warum wurden die Gerätschaften nicht sachgemäß geprüft bzw. nicht ausgemustert?)

Die von der Stadtverwaltung beauftragten Stellen haben die Prüfung sachgemäß durchgeführt. Dies ist den Prüfprotokollen der hierfür zertifizierten Firmen zu entnehmen.

Eine teilweise Ausmusterung auf Grund der eingestellten Ersatzteillieferungen für die acht betroffenen Geräte erfolgte nach Auslieferung und Inbetriebnahme der ersatzbeschafften Geräte.

Zu 4.: (Welche Konsequenzen wurden oder werden aus dem Vorfall gezogen?)

Zukünftig wird verstärkt darauf geachtet, dass Prüftermine bzw. der evtl. Austausch von Ersatzteilen soweit als möglich zeitnah erfolgen.

Zusammenfassend kann davon ausgegangen werden, dass im normalen Übungs- und Einsatzdienst für die Atemschutzgeräteträger kein Risiko bestand und besteht.